



Sitzung vom

3. Juni 2025

Mitgeteilt den

4. Juni 2025

Protokoll Nr.

409/2025

Auftrag von Moos

betreffend Verbesserung der HPV-Durchimpfungsrate und Prävention HPV-assoziierter Krebserkrankungen im Kanton Graubünden (GRP 5/2024-2025, S. 707)

Antwort der Regierung

Die Regierung anerkennt die gesundheitspolitische Bedeutung der Humane Papillomaviren (HPV)-Impfung und teilt die Einschätzung, dass HPV-assozierte Krebserkrankungen ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko darstellen. Die Prävention durch eine Impfung stellt ein zentrales und bewährtes Instrument dar, um diesem Risiko langfristig zu begegnen.

Der Bundesrat wurde in der Motion Lohr (Motion Nationalrat 25.3041) beauftragt, in Koordination mit den Kantonen und den Gesundheitspartnern eine Strategie mit zielgerichteten Massnahmen für die Eliminierung von HPV-bedingten Krebserkrankungen auszuarbeiten:

- Durchimpfung von 90 % bei Mädchen und Jungen und Verbesserung des Zugangs zur Impfung (Arztpraxen, Apotheken, Schulen).
 - Umstellung auf HPV-Testung zur Früherkennung bei Frauen ab 30 Jahren und Umsetzung der Empfehlungen des Expertengremiums aufgrund des HTA's.
 - Verbesserung der Aufklärung und des Bewusstseins bzgl. HPV in der Bevölkerung.
- Diese Ziele und Massnahmen könnten unter anderem in das Programm NAPS, in den Nationalen Krebsplan sowie in die kantonalen Impfprogramme integriert werden. Der Bundesrat beantragte in seiner Stellungnahme vom 14. Mai 2025 die Annahme der Motion. Die Beratungen im Parlament stehen noch aus.

Die Regierung ist bereit, dass bisherige System kritisch zu evaluieren und in Koordination mit dem Bund, den anderen Kantonen und den Gesundheitspartnern ein Konzept zu erstellen, um die HPV-Durchimpfungsrate im Kanton Graubünden anzuheben, und ein verbessertes Monitoring-System zu etablieren.

Die Umsetzung des Auftrags führt zu personellen und finanziellen Mehraufwendungen. Aufgrund der Tatsache, dass die Vorgaben des Bundes noch nicht bekannt sind, können die personellen und finanziellen Mehraufwendungen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht quantifiziert werden. Sollte der Kanton ohne finanzielle Hilfe des Bundes auskommen müssen, ist von der Annahme auszugehen, dass mehrere Vollzeitstellen und ein Betrag von mehreren Zehntausend Franken (beispielsweise für Impfkampagnen) eingeplant werden müssten. Auch in diesem Falle ist die Einhaltung der finanzpolitischen Richtwerte massgebend.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Caduff", written over a horizontal line.

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "D. Spadin", written over a horizontal line.

Daniel Spadin